

## Studiengebühren im Beratungsprozess



Studierende der Universität Duisburg-Essen protestieren in weiser Voraussicht bereits im April gegen Studiengebühren. (Foto: dpe)

Seit Wochen beschäftigt die Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen. Neben dem universitären Raum nimmt das Thema auch im Landtag eine größere Rolle ein. Die von CDU und FDP geführte Landesregierung hat eine kleine Anfrage eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten zu dem Thema beantwortet. Schon im Wahlkampf war ein prägendes Thema der SPD die Gebührenfreiheit von der Kindertagesstätte, über das Studium bis zum sogenannten Meisterweiterbildung.

Geht es nach Christian Lindner (FDP) handelt es sich um eine Lösung, „die im Interesse der Studierenden ist, die den Hochschulstandort NRW stärkt und die sozial ausgewogen ist“, wie er am 9. Juni auf Twitter erklärte. Einen Monat nachdem die NRW-Koalition ihre Pläne für Nordrhein-Westfalens Hochschulen über den Twitter-Account des FDP-Bundesvorsitzenden bekannt gab, fragte Dietmar Bell (SPD) am 10. Juli die Landesregierung: „Werden ausländische Studierende von der Politik der Landesregierung vergraut?“

### International dank Gebührenfreiheit

Bell sieht die Internationalisierung der NRW-Hochschulen gefährdet. Im Vorwort seiner Anfrage heißt es: „Mit der Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer muss das Schlimmste befürchtet werden: Die Zahl der ausländischen Studierenden wird zurückgehen, weil nur wenige Kilometer weiter kostenfrei studiert werden kann.“ Zudem seien die kalkulierten Mehreinnahmen – die FDP und CDU mehrfach auf bis zu 100 Millionen Euro bezifferten – ein verhältnismäßig geringer Gewinn, im Tausch gegen eine derzeit zunehmende Internationalisierung der Hochschulen.

Dass die Internationalisierung erheblich zugenommen hat, zeigt die Antwort auf die kleine Anfrage Bells, der wissen wollte, wie sich die Zahl ausländischer Studierender in den vergangenen zehn Jahren entwickelt hat. Aus der Antwort geht hervor, dass in den Jahren 2007 bis 2010 die Zahlen leicht anstiegen. 2007 waren 16.687 Studierende aus der EU und 40.907 aus sogenannten Drittstaaten in NRW eingeschrieben. 2010 waren es 17.310 aus der EU und 43.494 aus dem Nicht-EU-Ausland. Bei Staatsangehörigen aus der EU entspricht das einem durchschnittlichen Wachstum von 165 Studierenden pro Jahr, mit zwischenzeitlichem Rückgang. Bei Studierenden aus Drittstaaten wuchs die Zahl im Durchschnitt um 862 pro Jahr.

Mit der Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren durch Rot-Grün im Jahr 2010 erlebten die Hochschulen einen regelrechten Aufschwung der Internationalität. Von 2010 bis 2013 stiegen die Zahlen immens. Im Durchschnitt kamen 1.420 Studierende pro Jahr aus der EU hinzu, 2013 waren insgesamt 21.572 ausländische Studierende eingeschrieben. Auch der Zuwachs aus Drittstaaten nahm deutlich zu. So wuchs die Zahl der Studierenden im Schnitt um 3.846 pro Jahr. 2013 kamen 55.032 Studierende aus Nicht-EU-Ländern. Dieser Trend hält laut Statistik der Landesregierung bis ins Jahr 2016 an: 24.518 Studierende stammen demnach aus der EU, 67.609 Studierende aus Ländern außerhalb der EU.

### Landesregierung schweigt zu Auswirkungen

Eine weitere Statistik der Antwort auf die Anfrage Bells stellt dar, aus welchen Ländern die potenziell betroffenen Studierenden kommen und welche Hochschulen sie in NRW besuchen. Besonders von der Regelung betroffen wären die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule (RWTH) in Aachen. Dort studieren 6.154 Nicht-EU-Ausländer\*innen, an der Universität

### Verliehen



Juckt es euch auch schon unter den Fingernägeln, an wen die diesjährige Mercatorprofessur gegangen ist? **Seite 5.**

### Vertwittert



Das *Zeit-Magazin* twitterte komische Sachen. Unser Gastautor hat mit dem Urheber der Tweets gesprochen. **Seite 6.**

### akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: [www.akduell.de](http://www.akduell.de). Auf Facebook findet ihr uns unter [www.facebook.com/akduell/](https://www.facebook.com/akduell/) und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

Duisburg-Essen (UDE) sind es 7.478 und an der Ruhr-Universität in Bochum 4.533. Betroffen von der schwarz-gelben Politik sind dabei vor allem Studierende aus Asien, explizit aus China. Sie stellen den größten Teil der Nicht-EU-Studierenden. Christian Lindner bemühte bei Veranstaltungen an Universitäten zuletzt oft das Klischee eines reichen Chinesen, den die Landesregierung zur Kasse bitten wolle. Einige Studierende sollen jedoch von den Studiengebühren ausgenommen sein, so die FDP. Diese Ausnahme gelte für Studierende aus Entwicklungsländern, sozial Benachteiligte, anerkannte Geflüchtete und Menschen, die ihren Hochschulzugang in Deutschland erworben haben.

Trotz der recht konkreten Pläne von CDU und FDP äußert sich die Landesregierung nicht zu den möglichen Auswirkungen, wie die Antwort zur kleinen Anfrage zeigt. Dort heißt es: „Die mögliche Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländerinnen und -Ausländer in Nordrhein-Westfalen befindet sich derzeit im Beratungsprozess.“ Konkrete Aussagen über die zu erwartenden Wirkungen eines solchen Gesetzes könnten zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht getroffen werden. Genug Zeit also sich noch einmal mit den Statistiken auseinander zu setzen. [dpe]

# #fedidwgugl

## Kommentar

### Falsche Empörung

Ein Kommentar von Dennis Pesch

Wieder gibt es Diskussionen über die Teilnahme der Alternative für Deutschland (AfD) an einer Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl. Der AStA der Bergischen Universität Wuppertal erklärt in einer Stellungnahme die ausbleibende Einladung: „Dabei wollen wir der AfD aber keine Bühne für rassistische Positionen bieten und gleichzeitig den weiteren Parteien die Möglichkeit lassen, ihre Inhalte – insbesondere auch in der kontroversen Diskussion miteinander – vorzustellen.“ Die richtige Entscheidung.

Die Kommentare fallen erwartungsgemäß aus. Die AfD bekommt kein Podium, um Hass zu verbreiten? „Das ist Diskriminierung“, tönt es. Neurechte propagieren die konservative Revolution, verbreiten Fake News, wollen den autoritären Umsturz. Umso verblüffender ist, dass auch jene, die gegen die AfD sind, eine extrem rechte Partei zum Opfer einer angeblich linken Mehrheitsgesellschaft erklären. Erst sie sind es, die der AfD die Opferrolle damit zugestehen.

Der autoritäre Wandel der europäischen Gesellschaften hat das Klima vergiftet. Daran sind auch die Schuld, die den Rechten zur Normalität verhelfen. Sie wollen lieber die Hetzer\*innen vom Dienst hören, auch wenn sie es bisher in keinem Format geschafft haben, die AfD mit Argumenten zu schlagen. Fakt ist: Die meisten Politiker\*innen sind schlecht vorbereitet und den demagogischen Tricks der AfD nicht gewachsen. In ihrer Verzweiflung haben sie die autoritäre Gesellschaft vorangetrieben.

Beispiel gefällig? Etwa 30 Prozent der über das Mittelmeer fliehenden Menschen werden von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gerettet. Die Identitäre Bewegung und die AfD hetzen seit Monaten gegen die Retter\*innen, bezichtigen sie der Zusammenarbeit mit Schleppern, ohne jeden Beweis. Auch die deutsche Politik schließt sich dem Feindbild Seenotrettung an.

Der letzte prominente Neuzugang der vermeintlichen Kritik: Christian Lindner, Bundesvorsitzender der FDP. Er schippert auf dem Kurs der Neuen Rechten, sagt, dass „auch edle Motive zu schlechten Ergebnissen führen“. Die europäische Politik will Geflüchteten und Seenotretter\*innen das Leben – im wahrsten Sinne des Wortes – schwer machen. Es ist zynisch, dass jene, die behaupten Menschenrechte und demokratische Partizipation vor der AfD zu schützen, die Partei auf Podiumsdiskussionen hofieren wollen. Es ist der Ausdruck des eigenen autoritären Charakters.



Die Qual der Wahlwerbung – bis zum 24. September auch vor deiner Haustür. (Foto: lenz)

**Mit dem Hashtag #fedidwgugl („Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“) machen CDU und CSU aktuell Wahlwerbung. Doch was versteckt sich hinter „gut“, wer ist mit „wir“ gemeint und wer davon ausgeschlossen? Ein Blick in das Regierungsprogramm der kommenden Legislaturperiode der christlich-konservativen Parteien zur Bundestagswahl in Bezug auf Hochschulpolitik, Diskriminierung und Europa.**

Gerade einmal zwei Seiten widmen CDU/CSU den Themen Bildung – auf diesen zwei Seiten erfolgt ein Kurzabriss von Kindergarten über weiterführende Schulformen bis zur Lehrer\*innenweiterbildung. „Schulbildung ist nach der Ordnung des Grundgesetzes Ländersache und wird es bleiben. Dennoch gibt es eine gesamtstaatliche Verantwortung, der wir uns stellen: Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse setzt die Gleichwertigkeit von Bildung voraus.“ Mit diesem anfänglichen Verweis ziehen sich die Parteien wenig konkret aus der Affäre.

### Hochschulpolitik – Sache der Länder

Im Vordergrund ihrer Ausführungen steht nicht, was sie gedenken zu tun, sondern was sie ihrer Ansicht nach bereits getan haben: Überführung in die alleinige Zuständigkeit des Bundes sowie Erhöhung des BAföGs, Reform des Meister-BAföGs, Errichtung von Sonderfonds mit sieben Milliarden Euro zur Sanierung von Schulen in finanzschwachen Kommunen, Reformierung des Unterhaltsvorschussgesetz mit Erhöhung der Höchstaltersgrenze und Bezugsdauergränze. Die verbesserte Situation für junge Menschen auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz sehen CDU/CSU ebenfalls als ihren Verdienst: „In den vergangenen Jahren überstieg die Zahl der Ausbildungsplätze in Deutschland erstmals wieder die Zahl der Bewerber, auch wenn die Situation regional nach wie vor sehr unterschiedlich ist. Somit war es möglich, dass fast alle Bewerberinnen und Bewerber einen Ausbildungsplatz finden konnten. Vor wenigen Jahren wäre das noch undenkbar gewesen.“

Für die Zukunft wollen sie sich verstärkt für Ausbildung und dual Ausgebildete einsetzen – „Damit eröffnen wir aufstiegsorientierten Menschen ohne Abitur und Studium neue attraktive Karriereperspektiven“. Auch die Mobilität für junge Menschen soll verbessert werden. Als Beispiel führen sie das Hessen-Ticket an. Zur Lage an den Universitäten findet sich nur ein allgemein gehaltener Satz: „In der Nachfolge des auslaufenden Hochschulpakts wollen wir mit den Ländern gute Lehre und digital innovative Universitäten und Fachhochschulen stärken.“ Viele Themen

auf wenig Raum – doch kein Wort fällt zum Thema Studiengebühren.

### Europapolitik – Hauptsache sicher

„Wir Europäer müssen unser Schicksal konsequenter als bisher in die eigene Hand nehmen“, so die CDU/CSU. Spätestens hier wird ersichtlich, wer nicht im „wir“ der Forderung nach einem guten Leben in Deutschland mit eingeschlossen ist: Menschen ohne europäischen Pass. Wie nicht anders zu erwarten – und wie es auch die Kapitelüberschrift „Europa: mit Sicherheit“ deutlich macht – setzen die Konservativen in der Europapolitik vor allem auf das Zugpferd Zuwanderung. Ihr Credo ist und bleibt: Abschottung.

„Europa muss seine Außengrenzen wirksam gegen illegale Migration schützen, die Grenzschutzagentur Frontex stärken und das Europäische Asylsystem vollenden. Bis der Schutz der EU-Außengrenzen funktioniert, halten wir an Binnengrenzkontrollen fest“, umschreibt das Programm die asylpolitischen Forderungen der Unionsparteien. Das EU-Türkei-Abkommen, das Geflüchtete in der Türkei feststecken und dort unter widrigen Bedingungen leben oder sogar inhaftiert werden lässt, wird im Regierungsprogramm als „Vorbild“ bezeichnet, nach dem weitere Abkommen mit anderen Ländern geschlossen werden sollen. All das jedoch unter dem Deckmantel der vermeintlichen Humanität: „Wir müssen verhindern, dass tausende Flüchtlinge von gewissenlosen Schleppern durch halb Afrika geschleust werden, um dann auf dem Mittelmeer elend zu ertrinken.“

Die Attentate etwa vom Berliner Weihnachtsmarkt spiegeln sich im Pochen auf mehr Sicherheit wider. Hier lauten die Forderungen der CDU/CSU: schnellstmögliche Umsetzung der Ein- und Ausreiseregister und mehr Informationsaustausch zwischen den europäischen Sicherheitsbehörden, „denn islamistischer Terrorismus und organisierte Kriminalität sind grenzenlos“. Zu Terror aus anderen Richtungen wird hingegen kein Wort verloren, vergeblich sucht man etwa nach einem Absatz zum NSU. Weiter ausgeführt wird das Streben nach Kontrolle und Sicherheit im direkt daran anschließenden Punkt „Sicherheit im Inneren und nach außen“. [lenz]

# Neuer Anlauf auf den Chefposten



Der „Heilsbringer“ Martin Schulz soll es richten: Mit ihm will die SPD endlich wieder Chef im Bundestag werden. (Foto: rat)

**Seit acht Jahren in Folge ist die SPD Junior-Partner in der deutschen Bundesregierung. Nach Frank-Walter Steinmeier 2009 und Peer Steinbrück 2013 soll nun der „Heilsbringer“ Martin Schulz die SPD endlich wieder zur Chef-Partei im Bundestag machen. Doch was will die SPD? Ein Blick auf das Regierungsprogramm – genauer auf die Themen Hochschule und Diskriminierung.**

Wenn diesen Sonntag Bundestagswahl wäre, dann sähe es schlecht aus für die SPD: Nur knapp 23 Prozent würden die Sozialdemokrat\*innen nach Prognosen vom 16. August erhalten. Daneben steht eine CDU/CSU, die mit 39 Prozent stärker scheint als je zuvor. „SPD und CDU – das ist doch eh fast das gleiche“, denken und sagen viele Wähler\*innen. Kein Wunder also, dass es die SPD derzeit schwer hat. In der Vergangenheit schaffte sie es oftmals nicht, sich klar genug von der CDU abzugrenzen. Trotz schlechter Umfrage-Prognosen bleibt Kanzlerkandidat Schulz aber optimistisch: „Ich werde Kanzler!“, sagte er noch vor wenigen Tagen.

## Mehr Gerechtigkeit auch in der Hochschulbildung?

Mit dem Motto „Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit“ will die SPD am 24. September die Bürger\*innen von sich überzeugen. Ein besonderer Fokus bei der Hochschulbildung legt das Regierungsprogramm hierbei auf die Stärkung und Verbesserung der Studienbedingungen und stimmt mit CDU/CSU überein. „Autonomie, Beteiligung und verlässliche Finanzen sind wichtige Rahmenbedingungen für gute Hochschulen“, so das Programm. Laut der SPD seien duale Studiengänge „eine gelungene Form, berufliche und akademische Bildung miteinander zu verbinden“. Daher wolle die Partei solche universitären Ausbildungen bundesweit vergleichbar machen und Qualitätskriterien definieren.

Um den wissenschaftlichen Standard aufrechtzuerhalten und zu verbessern, soll die Grundfinanzierung der Hochschulen gestärkt werden. Dazu plant die SPD die befristeten Mittel der Wissenschafts- und Hochschulpak-

te auch nach 2019/20 zu erhalten. In der Wissenschaft setzt die SPD auf geschlechtliche Gleichstellung und auf die Verringerung von befristeten Arbeitsverträgen. Auch „werden wir uns für verlässliche Beschäftigungsbedingungen für studentische Hilfskräfte einsetzen“, heißt es. In wissenschaftlichen Führungspositionen fordert das Programm einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent. Immer noch verhältnismäßig weniger also als der Anteil von Männern.

Gleichzeitig fordern die Sozialdemokrat\*innen an einer anderen Stelle ihres Zukunftsplans für Deutschland jedoch auch anonymisierte Bewerbungsverfahren – also dass Bewerber\*innen unabhängig von ihrem Geschlecht und angestammter Herkunft beurteilt werden. Allerdings heben spätestens Bewerbungsgespräche die Anonymität in Teilen wieder auf. Neben der generellen Gebührenfreiheit von Bildung, die die SPD verspricht, sieht sie gleichzeitig Nachbesserungsbedarf beim BAföG. „Wir werden die Leistungen verbessern, die Förderung und Stärkung auf neue Lebenssituationen ausrichten und das BAföG an die vielfältigen Bildungswege anpassen“, heißt es dazu im Regierungsprogramm.

## Leben in Würde und frei von Diskriminierung

„Wir kämpfen gegen jede Form menschenverachtenden Verhaltens und gegen Gewalt“, so positioniert sich die SPD gegenüber Gewalt und Diskriminierung. Sowohl die Bekämpfung der (sexuellen) Gewalt gegen Frauen und Männer im Allgemeinen, als auch die gesonderten Übergriffe gegen Menschen mit Behinderungen und gegen Ältere schließt das mit ein. Dazu möchten die Sozialdemokrat\*innen einen dritten Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen erwirken. „Wir werden dem Sexismus den Kampf ansagen“, heißt es weiter. Besonders in Sprache, Medien und Werbung müsse man konsequenter gegen Sexismus vorgehen. Dazu möchte die SPD, wenn nötig, auch gesetzliche Maßnahmen ergreifen. Sexuelle Freiheit und Autonomie steht für die Partei zudem im Vordergrund, wenn es um LGBT-Q\*-Menschen geht. „Wir werden die Lage von trans- und intergeschlechtlichen Menschen verbessern“, so das Programm. Um den Menschen mehr Selbstbestimmung zu ermöglichen, sollen zudem das Transsexuellengesetz „und weitere Gesetze“ reformiert werden. Welche anderen Gesetze gemeint sind und welche Veränderungen vorgenommen werden sollen, wird jedoch nicht weiter ausgeführt. Die gleichgeschlechtliche Ehe konnte zwar unter Mitwirkung der SPD in der Großen Koalition erwirkt werden – dies hätte man aber bereits lange vorher in einem entsprechenden Koalitionsvertrag mit der CDU festlegen lassen können und müssen. [rat]

## Kurzgefasst

### Studis werden rausgeworfen

Mitte Mai erhielten alle Mitarbeiter\*innen der Universität Duisburg-Essen ein Informationsschreiben von Kanzler Rainer Ambrosy, in dem über den unerlaubten Aufenthalt von Drogenkonsumierenden und Wohnungslosen auf dem Campus aufmerksam gemacht wurde (aktuell berichtete). Neben Ankündigungen von baulichen Maßnahmen und Aufstockung des Wachpersonals war dem Schreiben zu entnehmen, dass der Sicherheitsdienst Kötter fortan auch Hausrecht hat. Nun hat ein Studierender des Bauingenieurwesens zu spüren bekommen, wie das Hausrecht umgesetzt wird. Abends in den Räumlichkeiten der Universität zu lernen, scheint nicht mehr gern gesehen zu sein.

Tobias habe, wie so oft, im Computerraum im Gebäude V15 gesessen und gelernt. Gegen 21.30 Uhr habe ein Mitarbeiter der Sicherheitsfirma Kötter den Raum und betreten und seinen Studierendenausweis zur Überprüfung verlangt, ob er Mitglied der Hochschule sei. Nach Vorzeigen des Ausweises habe der Sicherheitsdienst Tobias mit Hinweis auf die Öffnungszeiten der Räume aus dem Gebäude verwiesen. Diese stünden bis 21 Uhr zur Verfügung. Als er dem Sicherheitsdienst entgegnet habe, dass er Mitglied der Hochschule sei und sich im Gebäude aufhalten dürfe, habe ihm der Sicherheitsdienst gekontert, dass dies nur für Angestellte gelte. Tobias und andere Kommiliton\*innen hätten daraufhin den Computerraum verlassen. Tatsächlich lässt die Hausordnung der Universität diesen Punkt recht offen. Dort heißt es lediglich, dass Besucher\*innen sich grundsätzlich nur innerhalb der Öffnungszeiten in den Gebäuden aufhalten dürften und Ausweispflicht gegenüber dem Wachdienst bestehe.

Auch im Informationsschreiben wird darauf hingewiesen, dass „bei Kontrollen, insbesondere außerhalb der Öffnungszeiten der Hochschulgebäude, zur Legitimation der Studierende- oder Dienstausweis zu zeigen ist.“ Jedoch haben die Studierenden und in diesem Fall Tobias nie von Öffnungszeiten der Räume gehört. Es sind auch keinerlei Zeiten ausgeschildert. Für viele Studierende ist es wichtig vor allem abends die Räume und insbesondere die Computer in der Uni zu nutzen, da viele am Tag ihren Nebenjobs nachgehen müssen. Oftmals gibt es bestimmte Lernmaterialien ausschließlich auf Rechnern in der Uni, das bemängelt auch Tobias. Er hat jedenfalls Konsequenzen aus dem Vorfall gezogen und lernt nun vermehrt zuhause. [mehu]

# Ein schmaler Grat zwischen Opportunismus und Pragmatismus

## Kurzgefasst

### Stillstand im StuPa der UDE

Die alte AStA-Koalition aus Internationaler Liste (IL), Liberaler Hochschulgruppe (LHG), Antihelden, Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) und Unabhängiger Demokraten (UDs) ist abgewählt. Ein Großteil der Referent\*innen ist bereits nicht mehr im Amt (aktuell berichtete). Die Listen, die bereits in der StuPa-Sitzung vom 3. August einen Großteil der Referate neu besetzt haben und zwar eine Koalition aus Linker Liste (LiLi), Grüner Hochschulgruppe (GHG), Jusos und Antihelden, stehen jedoch vor einem Problem: Sie bekommen keine qualifizierte Mehrheit zusammen.

Eine qualifizierte Mehrheit bedeutet, dass die Mehrheit aller gewählten Parlamentarier\*innen für die Referent\*innen stimmen müssen, eine einfache Mehrheit anwesender Parlamentarier\*innen reicht nicht aus. Bereits auf der Sitzung am 3. August sind einige Abwahlanträge gegen Referent\*innen des alten AStAs deshalb nicht erfolgreich gewesen. Am vergangenen Donnerstag, 17. August, sollten diese Stellen besetzt werden. Nun scheint es, dass die neu formierte Koalition sich in der Zwischenzeit jedoch nicht einig geworden ist – eine qualifizierte Mehrheit war erneut nicht absehbar. Mit dieser Unsicherheit im Rücken wollte sich niemand von den neuen AStA-tragenden Listen als Referent\*in zur Wahl stellen. Ein Schwebezustand, in dem die verschiedenen Referatsstellen nun mindestens bis zur nächsten StuPa-Sitzung quer durch fast alle Listen besetzt bleiben.

Während der StuPa-Sitzung äußerte Präsidiumsmitglied Fabian Franken außerdem zu Kritik an der Abwesenheit vieler Parlamentarier\*innen von RCDS, LHG, IL und UD: „Es wäre schön, wenn alle Parlamentarier\*innen hier wären und die Studierenden auch vertreten könnten“, und kündigte an, eine persönliche Stellungnahme schreiben zu wollen.

Auf Anfrage der aktuell erklärt die LHG, dass lediglich ein Parlamentarier anwesend war, da das Präsidium von der eigentlichen Terminvorgabe abgewichen sei, was mit der Urlaubs- und Arbeitsplanung der anderen Parlamentarier kollidiert sei. Auch die UD äußerten sich gegenüber der aktuell und erklären: „Die StuPa-Sitzung in der vorlesungsfreien Zeit zeitlich nach vorne zu ziehen ist zwar löblich, aber für im Nebenjob oder Praktikum arbeitende Studierende leider nicht zu schaffen.“ Sie kritisieren den Vorsitz für die Behauptung, dass eine Abwesenheit frech gewesen sei. **[dav]**

**Überraschung an der Heinrich-Heine-Universität (HHU) in Düsseldorf: Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), die Liberale Hochschulgruppe (LHG), Campus: Grün (Grüne) und die queerfeministische Regenbogenliste (RBL) bilden den neuen AStA. Sie lösen eine Koalition aus Jusos Hochschulgruppe (Jusos), Die Linke. SDS (SDS) und RBL ab.**

Das Studierendenparlament (SP) ist gewählt, am 7. Juli wurden die Wahlergebnisse bekannt gegeben. Die Jusos haben die Wahl mit fünf Sitzen gewonnen, dicht gefolgt vom RCDS mit vier Sitzen. Die Plätze dahinter teilen sich LHG, Grüne und SDS mit je zwei Sitzen. Die RBL scheiterte knapp am zweiten Sitz, der rechtspopulistischen Campus Alternative gelang gerade noch der Einzug ins SP. Mit zehn zu sieben Sitzen gibt es eine linke Mehrheit – jedoch keinen linken AStA.

### Koalitionsvertrag ohne soziale Frage

Am Abend der konstituierenden Sitzung des SP stellten RCDS, LHG, Grüne und RBL ihren Koalitionsvertrag vor. In der Präambel heißt es: „Wir sprechen uns für einen AStA aus, der Minderheiten schützt und einen verantwortungsvollen, nachhaltigen Umgang mit Mensch, Tier und Ressourcen pflegt“. Den größten Teil nehmen dabei Essen und Nachhaltigkeit ein. Der RCDS hatte Wahlkampf gegen den ausschließlich veganen Brunch der vergangenen AStA-Koalition gemacht und setzt sich hier durch. Außerdem wolle man „der Universität den Titel ‚Fairtrade-University‘ ermöglichen“ und das Bewusstsein von vermeidbarem Müll erhöhen. Das waren vor allem die Wahlkampf-Forderungen der Grünen.

Einen einzigen Satz widmet die Koalition dem studentischen Wohnraum und den steigenden Mietpreisen in Düsseldorf: „Ein weiterer elementarer Punkt im Bereich eines studentischen Düsseldorfs ist der studentische Wohnraum“. Was der AStA konkret plant für die Studierenden zu tun, bleibt offen.

Das Thema Soziales ist der kleinste Teil im Vertrag: lediglich Studierende mit Kind, die Genderstelle im Hochschulpolitik-Referat und ehrenamtliche Studierende sollen profitieren. Auch einen Absatz zu den in NRW geplanten Gebühren für Studierende aus Nicht-EU-Ländern sucht man vergebens, obwohl fast acht Prozent der Studierendenschaft davon betroffen sind. Die RBL spricht sich zwar gegen Studiengebühren aus, sagt aber, „dass der AStA in diesem Punkt vor allem aufklären soll.“ Die Handlungsmöglichkeiten des AStAs seien „durchaus begrenzt.“ Die Grünen wollen – trotz Wahlkampf gegen Studiengebühren – ebenfalls aufklären, sehen das Thema mit einem Besuch beim Landes-ASten-Treffen (LAT NRW) und einer Podiumsdiskussion ausreichend behandelt.



*Unerwartete Koalition an der HHU in Düsseldorf. Trotz linker Mehrheit kein linker AStA. (Foto: dpe)*

Der RCDS schließt sich an: es sei „die Aufgabe des AStA, keine falschen Behauptungen oder Bedenken für den eigenen Kampf zu glorifizieren.“ Eine klare Ansage gegen die Studierenden aus Nicht-EU-Ländern und das LAT NRW, die sich gegen die Pläne der schwarz-gelben Landesregierung einsetzen. Von den Jusos gibt es hingegen klare Worte: „Für die Studierenden aus Nicht-EU-Ländern sieht es wahrlich düster aus. Dass sich der AStA der HHU aktiv gegen die ungerechte Behandlung von Nicht-EU-Studierenden stellt, ist leider nicht zu erwarten.“ Die Jusos fänden es schade, dass die Koalition „alle Studierenden der HHU repräsentieren will, hier aber eine Gruppe ganz klar schlechter gestellt wird.“ Das widerspricht auch dem Ziel der Präambel in der von Minderheitenschutz die Rede ist.

### Streitpunkt Männerberatung

Im Koalitionsvertrag heißt es außerdem, dass eine Projektstelle geschaffen werden soll, um den Bedarf einer Männerberatung zu evaluieren. Der RCDS fordert an der HHU seit Jahren ein Männerreferat. Die queerfeministische RBL sieht darin keinen Widerspruch zu ihrer Ausrichtung: Der Bedarf und die inhaltliche Ausgestaltung sollen auch in Richtung kritische Männlichkeit geführt werden, was bedeutet, dass die Beratung auch männliche Klischeebilder hinterfragen solle.

Der RCDS will, dass die Projektstelle auch ein Konzept für die Beratungsstelle entwickelt. Den möglichen Bedarf sieht die Liste auch wegen der Gleichstellungsbeauftragten der HHU: „In der Vergangenheit sind Studenten schon von der Gleichstellungsbeauftragten abgewiesen worden“, erklären die Konservativen. Kritik gibt es aus der Opposition: „Menschen aller Geschlechter haben Probleme, deren vertrauter Ansprechmöglichkeit es bedarf. [...] Dass nun eine explizite ‚Männerberatung‘ geschaffen werden soll, halten wir für einen Fehler, weil damit der Weg zu einem Männerreferat geebnet wird“, sagen die Jusos. Die Stelle sei ein Schritt in die Richtung, dass dem Frauenreferat oder dem Referat für bisexuelle und schwule Studierende signalisiert werde, dass ihre Zielgruppen keine Nachteile gegenüber hegemonialer Männlichkeit oder patriarchalen Strukturen erfahren würden. **[dpe]**

# UDE ernennt neuen Mercator-Professor

**In diesem Jahr geht die Mercator-Professur an Alfred Grosser. Der Publizist und Politologe ist bekannt für sein Engagement für die deutsch-französische Verständigung, wird aber auch immer wieder wegen seiner Ausführungen zu Israel kritisiert.**

Seit 1997 vergibt das Rektorat der Universität Duisburg-Essen die Mercator-Professur, die „das wissenschaftliche Vermächtnis des berühmten Duisburger Kartographen und Universalgelehrten aus dem 16. Jahrhundert“ wach halten soll. Die Professur verpflichtet zu insgesamt zwei Vorträgen – in Duisburg und in Essen. Die Grundidee sei, „Weltoffenheit und debattenanregende Beiträge zu wichtigen Zeitfragen“. In der Vergangenheit kamen so schon Persönlichkeiten aus Bereichen wie Politik, Kultur und Wirtschaft an die UDE, wie etwa Margarethe von Trotta. Mehrfach standen Mercator-Professor\*innen aber auch in der Kritik, wie etwa Alice Schwarzer und Peter Scholl-Latour.

Rektor Ulrich Radtke freut sich über die Ernennung Grossers: „Ich freue mich sehr darüber, dass Alfred Grosser den Ruf angenommen hat. Er ist ein großer Europäer, der sich sehr um die deutsch-französische Verständigung verdient gemacht hat. Er verknüpft historische Erkenntnis mit kluger Weitsicht und lädt dazu ein, sich für die europäische Idee zu engagieren.“ Mit Grosser bliebe erneut die Grundidee der Professur gewahrt.

## Für ein vereintes Europa

Als Sohn deutscher Jüd\*innen wuchs Grosser in Frankreich auf, erlebte aber als Kind selbst noch die Verachtung gegenüber Jüd\*innen. Nach seinem Studium der Germanistik und Politikwissenschaft wählte Grosser zunächst eine Karriere in der Wissenschaft – lehrte am Institut d'études politiques de Paris und war Studien- und Forschungsdirektor an der Fondation nationale des sciences politiques. Erfolge feierte Grosser danach vor allem als Publizist und Autor und wurde für seine Arbeit mehrfach ausgezeichnet – zuletzt 2014 mit dem Henri-Nannen-Preis für sein publizistisches Lebenswerk.

1975 erhielt Grosser den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. In seiner Laudatio erklärte Paul Frank: „Sein leidenschaftlicher Wille, immer das Recht – oder das Unrecht – beider Seiten zu sehen, das der Deutschen und der Franzosen, der Gläubigen und der Ungläubigen, der Europäer und der Amerikaner, seine Überzeugung, daß man die Fähigkeit haben müsse, sich mit den Augen des anderen zu sehen, kurz, sein Wille zur Gerechtigkeit, sie hängen wohl mit seiner Herkunft zusammen.“

Die Universität freut sich, dass Grosser aktuelle Themen ansprechen werde, „die uns alle angehen: nämlich die politische und gesellschaftliche Entwicklung eines vereinten Europas sowie die Deutschlands und Frankreichs im Besonderen“, so Ulrike Bohnsack von der Pressestelle. Im Hinblick auf die Vorträge Grossers betont Bohnsack, das Publikum sei eingeladen, „rege mitzudiskutieren und sich (...) auszutauschen“. Am 18. Oktober wird sich



Alfred Grosser kommt an die UDE. (Foto: Das blaue Sofa/Club Bertelsmann/flickr.com, CC BY 2.0)

Grosser im LX Audimax in Duisburg ab 18 Uhr mit dem Thema „Was ist Europa: Gestern, Heute, Morgen“ beschäftigen. In Essen wird er am 22. November ab 18 Uhr im neuen Audimax über „Wahlen: Hoffnungen und Wirklichkeit – Deutschland und Frankreich 2017“ referieren. Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung ist auf der Uni-Homepage möglich.

## Zwischen Israelkritik und Antisemitismus

Aufmerksamkeit erlangt Grosser auch immer wieder wegen seiner Haltung zu Israel. In der *Welt* heißt es, Dieter Graumann, ehemaliger Präsident des Zentralrats der Juden, werfe Grosser vor, er „werde nicht müde, die Lage der Palästinenser mit den Gräueln von Auschwitz zu vergleichen“. Und damit also NS-relativierende Aussagen zu treffen. Seine Meinung fasste Grosser unter anderem 2007 in seinem Aufsatz „Warum ich Israel kritisiere“ zusammen. Dort bemängelt er unter anderem, dass kritische Äußerungen im Bezug auf Israel ungerne gesehen werden. Offen steht er auch zu Martin Walsers Aussage, sobald Deutsche sich kritisch zu Israel äußern, würde die ‚Auschwitz-Keule‘ rausgeholt.

In einem *Stern*-Interview von 2007 erklärt Grosser seine Kritik: „Solange Palästinenser an der Mauer gedemütigt werden, solange ein palästinensischer Staat unmöglich ist, weil die Siedlungen und die Straßen nur für Israelis sind, solange eine territoriale Kontinuität unmöglich ist, wird Israel nicht in Frieden leben. Auf Dauer kann man mit Gewalt allein nicht regieren.“ Seiner Meinung nach fördere die Politik Israels den Antisemitismus. Kritiker\*innen sehen darin die Gefahr, Antisemitismus zu legitimieren und rationalisieren. Dass Kritik an Israel oftmals mit Antisemitismus gleichgesetzt werde, kann Grosser nicht verstehen: „Ich habe immer gegen Antisemitismus gekämpft. Und ich werde es immer tun! Aber Israelkritik per se mit Antisemitismus gleichzusetzen – das ist falsch und führt in die Irre.“ Einen Konflikt zwischen der Grundidee der Mercator-Professur, dem Uni-Slogan „Offen im Denken“ und der Israelkritik Grossers sieht die Universität nicht. „Offen im Denken heißt, dass man die Meinungsfreiheit eines jeden respektiert und andere Meinungen als Anregung zum Reflektieren nimmt“, so Bohnsack. [caro]

## Bestaunen

### Abhängen im Grünen



Umsonst, draußen, schräg und schön. Mehr als 100 Künstler\*innen im Kaiserpark in Essen-Altenessen. Für jung und alt, kreuz und queer, barrierefrei durch den Park flanieren. Kunst, Musik und Mitmachen. Tag Im Park ist ein genrefreies Kunstfestival des Netzwerk X, des Denkodrom e.V. und der Zeche Carl im Kaiserpark in Essen-Altenessen und findet in diesem Jahr zum dritten Mal statt. Tag Im Park ist ohne Herkunft und Geschlecht und barrierefrei. Seid dabei.

↗ **Sonntag, 27. August, 14 bis 18 Uhr, Kaiser-Wilhelm-Park, Essen, Eintritt frei**

## Bilden

### Antiziganismus

Rostock-Lichtenhagen ist vielen kein Begriff mehr. Vor 25 Jahren ereignete sich dort ein rassistischer Angriff auf ein Asylbewerber\*innenheim. Anlässlich des 25. Jahrestags lädt das Duisburger Djazz zu einem Vortrag über Antiziganismus. Unter dem Titel „25 Jahre später- Antiziganistische Normalzustände“ wird der Ablauf des damaligen Ereignisses aufgezeigt.

↗ **Dienstag, 29. August, 19.30 bis 22 Uhr, Djazz Jazzkeller, Börsenstr. 11, Duisburg, Eintritt frei**

## Ballern

### Temple Bar Open Air

Das erste Septemberwochenende steht am Essener Salzmarkt ganz im Zeichen des Temple Bar Open Air. Die gemütliche und unter Studierenden allseits beliebte Bar fährt einen auf und holt regionale Bands auf die Bühne. In gemütlicher Atmosphäre, wie man es von der Temple Bar kennt, könnt ihr euch auf ein tolles Line Up freuen.

↗ **1. und 2. September, jeweils ab 17 Uhr, Temple Bar, Salzmarkt 1, Essen, Eintritt frei**

# Leo Fischer ist tot!

Die Kalenderwoche 32 begann für den ehemaligen Chefredakteur der *Titanic*, Kolumnisten und Bundestagskandidaten der Partei Die Partei, Leo Fischer, aufregend. Die Redaktion des *Zeit-Magazin* war an ihn herangetreten und hatte ihn eingeladen, ihren Twitter-Account @ZEITmagazin als Gast-Kolumnist für eine Woche zu betreuen. Den wechselnden Tweet-Leiharbeiter\*innen wird freie Hand gelassen, was den Content ihrer Tweets angeht und das Magazin kündigte Fischer mit folgenden Worten an: „Satire darf alles!“ Am Ende war Mehmet Scholl tot, eine Atombombe explodierte in Nordkorea und das Experiment Leo Fischer als Twitterkolumnist wurde vom *Zeit-Magazin* abgebrochen. In seinem letzten Interview sprachen wir mit ihm über Julian Reichelt, Satire und Erika Steinbach.

**aktuell:** Satire darf in Deutschland ja bekanntlich alles. Was hatte die Redaktion des *Zeit-Magazins* an der Qualität deiner Tweets auszusetzen, weswegen wurden sie entfernt und du ausgesperrt?

**Leo Fischer:** Zunächst hieß es, ich dürfte eigentlich alles solange ich mir bewußt machte, daß ich immer auch fürs *Zeit-Magazin* spreche. Auch *Titanic*-Beiträge seien kein Problem. Ich sollte nur meine eigenen Beiträge mit dem Kürzel (lf) kennzeichnen. Entfernt wurden zwei Beiträge, in denen ich aktuelle Eilmeldungen parodierte: „Mehmet Scholl ist tot“ und „Lichtblitze über Pjöngyang“. Dies geschah auf ausdrücklichen Hinweis von *Bild*-Chef Julian Reichelt, der seine *Zeit*-Kollegen auch noch im Detail dirigierte: „Dieser [Tweet] ist noch nicht gelöscht.“ Dieser Aufforderung kamen sie nach, ohne nur eine Sekunde mit mir Rücksprache zu halten. Wenige Minuten später war auch das Paßwort des Accounts geändert, wiederum ohne Rücksprache.

**aktuell:** Denkst du die Redaktion war sich im klaren darüber, was „*Titanic*-Beiträge“ sein könnten? Es scheint, als hätte sie jahrelang keine Ausgabe durchgeblättert.

**Leo Fischer:** Ich fürchte, man hat sich da einfach in der Adresse geirrt. Schließlich kam das *Zeit-Magazin* in unserem Heft auch nie besonders gut weg.

**aktuell:** Julian Reichelt ist ja nun auch eine Speerspitze im bundesrepublikanischen Kampf gegen sogenannte „Fake News“. Kritisiert du es, dass die Redaktion des *Zeit-Magazins* seinem Beispiel folgte und die Hinweise ernst nahm?

**Leo Fischer:** Über die Eilfertigkeit der *Zeit*-Kollegen bin ich wirklich überrascht – ich hätte da mehr hanseatischen Stolz vermutet. Daß sich ausgerechnet Reichelt – der jetzt zum Angriff auf Asylbewerber bläst und den rechts-

nationalen Affen Zucker gibt – erfolgreich als das Gewissen des Internets aus gibt, ist peinlich genug, das er auch als solches ernst genommen wird, einfach lächerlich. Die Beschäftigungsverhältnisse für Journalisten in Deutschland sind allerdings so prekär, daß wahrscheinlich auch *Zeit*-Redakteure nicht auf Springers Schwarze Liste geraten wollen.



Nicht zu verwechseln mit der rechten Politikerin Erika Steinbach: Leo Fischer. (Foto: *Titanic*, mit Genehmigung von Leo Fischer)

**aktuell:** Wie hältst du dich denn über Wasser jetzt – nachdem du aus deinen Pflichten als *Twitter-Gast-Kolumnist* entlassen wurdest?

**Leo Fischer:** Ich sammle weiter auf Patreon, dem Portal für gescheiterte Künstler und irrliehende Politclowns. Außerdem kolumniere ich weiter für *Titanic*, *Konkret*, *Neues Deutschland* und die *Jungle World*. Und ich lasse mir die Haare wieder von Mutter schneiden, das hilft auch.

**aktuell:** Hättest du vielleicht vorher den Faktenfinder der *ARD* zu Rate ziehen sollen, um deine Meldungen zu verifizieren? So hätte die Entlassung vielleicht verhindert werden können. Ich meine, die Redaktion einer großen deutschen Tageszeitungen zahlt doch sicherlich gut, wenn man ihr ihre Arbeit abnimmt.

**Leo Fischer:** Der Faktenfinder wird bekanntlich leider nur aktiv, wenn Gefahr besteht, daß Israel irgendwo zu gut wegkommen sollte, das muss man verstehen. Über das Honorar beim *Zeit-Magazin* gebietet mir der Anstand zu schweigen – sagen wir es so: Für ein Magazin, dessen Anzeigenseiten bis zu dreißigtausend Euro kosten, hat es mich doch überrascht.

**aktuell:** Das Thema #Dieselgate wurde schnell zur Nebensache als Nachrichten deiner Entlassung auf Twitter auftauchten. Denkst du der mediale Aufruhr um deine Person könnte die Bürger\*innen zu sehr von wichtigeren Themen ablenken?

**Leo Fischer:** Bestimmt. Aber gilt nicht auch das Sprichwort der Sioux: Eine Gesellschaft bemisst sich daran, wie sie mit ihren Schwächsten und ihren Satirikern umgeht. Diese Weisheit sollten wir ruhig wieder etwas näher an uns heranlassen.

**aktuell:** Ein Software-Update rettet die deutsche Autoindustrie. Denkst du ein ähnliches Update könnte die deutsche Satire-, Medien- und Kulturlandschaft retten?

**Leo Fischer:** Rettung würde ja bedeuten, es hätte schon einmal eine solche Landschaft in bewahrenswerter Qualität existiert. Im Gegenteil denke ich, sie wäre überhaupt erst herzustellen. Mit dem derzeit agierenden Personal kann das natürlich nicht gelingen. Nun hört man aber, daß immer mehr Bots die Aufgaben von Autoren und Redakteuren übernehmen. Vielleicht werden uns also die Maschinen retten, so wie in dem Film *Terminator*.

**aktuell:** Politiker\*innen sagen ja bekanntlich immer die Wahrheit. Thomas de Maizière zum Beispiel. Der wollte Ende letzten Jahres noch ein Abwehrzentrum gegen Desinformation einrichten. Sollte es vielleicht auch ein Abwehrzentrum für unpassende Satire geben und wer könnte dessen Chef werden?

**Leo Fischer:** Julian Reichelt ist offenkundig unausgelastet, er scheint sich jedenfalls ununterbrochen auf Twitter aufzuhalten. Und durch ein Bild mit Gurke, in welchem er sich unserem *Titanic*-Model Zonen-Gaby annäherte, erwies er sich überdies als echter Satire-Connaissanceur.

**aktuell:** Apropos Politiker\*innen. Du bist selbst Bundestagskandidat der Partei Die Partei in Frankfurt. Seitdem deine Kandidatur feststeht, ziert eine Hommage an Erika Steinbach deine Social-Media-Profilbilder. Möchtest du die Lücke, die sie in Berlin hinterlässt, mit neuem Leben füllen?

**Leo Fischer:** Über Jahrzehnte hinweg haben die Frankfurter Erika Steinbach in den Bundestag gewählt aus Gründen, die ihnen wahrscheinlich selbst nicht ganz klar waren. Zudem wäre es einfach schade, wenn mit Steinbach die letzte Abgeordnete verschwände, die noch einen positiven Wehrmachtsbezug aufweist und die Grenzen Deutschlands auch nicht in Stein gemeißelt sieht. Auch das gehört zu unserer bunten Republik dazu.

# Popkultureller Protest gegen Antisemitismus



Der Journalist Jonas Engelmann bei der Lesung zu seinem neuen Buch im Café Livres. (Foto: Britta Rybicki)

„Yeah, I’ve got the Jewish damage what the hell do you expect? Thirteen years of Hebrew school and all the slides that they protect,“ rauscht es am vergangenen Dienstag, 15. August, aus den Musikboxen im Café Livres in Essen. Das Junge Forum der Deutschen Israelischen Gesellschaft (DiG) veranstaltet nicht etwa ein Punkrock-Konzert, sie haben den Journalisten Jonas Engelmann eingeladen. Vor knapp 50 Zuschauer\*innen liest er aus seinem neuen Buch *Wurzellose Kosmopoliten: Von Golems, Luftmenschen und jüdischer Popkultur*.

von Gaustatorin Britta Rybicki

Susan Gottlieb aka Phranc gehört mit ihrem Song *Take off Your Swastikas* zu dem in den 70er Jahren begründeten US-Punk. „Der ein ganz zentrales Element für die Analyse jüdischer Popkultur ist“, sagt Engelmann und nippt an seinem Rotweinglas. „Denn seine Begründer sind Juden und Jüdinnen“, ergänzt er. In ihren Liedern erzählen sie von Begegnungen mit Holocaust-Überlebenden und Fluchterfahrungen ihrer Familien. Selbst die damalige Rückbesinnung auf die Romantik und Naturverbundenheit der Flower-Power-Bewegung lässt die Punkrock-Szene kalt. Sie hat sich ganz bewusst ein musikalisches Genre geschaffen, um wütend zu sein. Auf identitäre und antisemitische Zuschreibungen von außen, mit denen sie sich täglich auseinandersetzen müssen. Immer wieder ironisieren sie dafür Symbole der Nazis und zeigen Kinder mit Hakenkreuz-Shirts in ihren Musikclips.

Neben dem provokanten Aufschrei im US-Punk nimmt der Literaturwissenschaftler weitere Spuren in der jüdischen Hoch- und Popkultur auf. Er sucht nach künstlerischen und geografischen Fluchtlinien und stößt dabei auf Luftmenschen, Golems, sprechende Tiere und Vampire. In seiner Analyse geht es ihm weniger darum, eine jüdische Identität zu finden. „Ich konzentriere mich auf Erfahrungen, denn diese sind im Fluss und Identität ist starr“, sagt der Autor. Die fiktiven Erscheinun-

gen teilen also vor allem eins: Erfahrungen mit Diskriminierung und ihrer tödlichen Verfolgung.

## Ironische Poesie gegen Antisemitismus?

„Dabei hat mich besonders die immer noch existente Vorstellung der Juden als Luftmenschen interessiert“, sagt Engelmann. Aus dem antisemitischen Vorurteil Josef Stalins der „wurzellosen Kosmopoliten“ entwickelten jüdische Künstler\*innen ein Selbstbild. Darin distanzieren sie sich von der einfachen Vorstellung Stalins und geben ihren „Luftmenschen“ mehr Dimensionen. „Sie erheben sich aus der Realität und schweben wie Vögel davon“, sagt Engelmann. Sie nutzen also das Leben in der Luft, um Antisemitismus und gesellschaftlicher Marginalisierung zu entkommen. Sie flüchten vor Bildern über Menschen, die nicht arbeiten und lediglich durch besondere Dienste oder ihre Pffiffigkeit überleben. Vor Anschuldigungen der Unproduktivität und einer bodenlosen Existenz. So lässt Franz Kafka zum Beispiel Vierbeiner über einer Hundeschaft schweben. Paul Clean hingegen nimmt den Realitätsbezug zur Shoah auf und baut in *Todesfuge* ein Massengrab in die Lüfte. Sich aus der Wirklichkeit zu erheben und ihr fliegend zu entkommen, wird also zu einem fest verankerten Baustein ihrer künstlerischen Utopie.

## Popkulturelle Wunderwaffe

„In historisch schwierigen Zeiten – den Dreißigern des 20. Jahrhunderts – entwickelten zwei junge amerikanische Juden mit osteuropäischem Hintergrund dann die populärste und bekannteste Comicfigur der Welt“, sagt Engelmann und schlägt die Seite zu seinem nächsten Kapitel auf. Damalige jüdische Zeichner verarbeiteten ihren Wunsch nach Schutz, in dem sie eine popkulturelle Wunderwaffe auf dem Papier entwickeln. Die Superman-Erfinder Joe Shuster und Jerry Siegel waren allerdings nicht die Einzigen mit dieser Vision. „Captian America, Batman und viele andere Superhelden sind in den Comics gegen Hitler in den Krieg gezogen“, sagt der Autor. Das bekannteste Beispiel ist ein kurz nach dem

Stalin-Hitler-Pakt entstandene Comic-Strip im dem Magazin *Look*. Unter dem Titel *How would Superman end the war* werden Hitler und Stalin von dem unzerstörbaren Mann im roten Umhang überwältigt. Selbst die Flugabwehrkanonen der Nazis können ihn nicht aufhalten. Mit den beiden Diktatoren im Arm fliegt der Mann aus Stahl direkt zu einem Tribunal der Vereinten Nationen. Dort werden die beiden Diktatoren verurteilt. „Kurz nach der Erscheinung des Comics hat die NS-Zeitschrift *Das schwarze Krops* dann eine ganzseitige Hetzschrift veröffentlicht“, sagt Engelmann. Mit den Worten „ein geistig und körperlich Beschnittener“ seien sie den Comic-Texter Siegel darin angegangen.

Superman und die anderen Marvel-Helden behalten also das Element des Fliegens. In Anleihen an den fiktiven Golem – den osteuropäischen Beschützer des Judentums – spiegelt sich außerdem das dringende Schutzbedürfnis vor den Nazis wider. Den Wunsch nach einer Geheimwaffe, die sie aus der schrecklichen Wirklichkeit befreit. Engelmann legt eine kurze Lesepause ein. „Hätte sie mal in der Realität existiert“, sagt er und nimmt einen weiteren Schluck von seinem Rotwein.

„Gleichzeitig findet in Superman eine Auseinandersetzung ihrer Schöpfer mit ihren Alltagserfahrungen statt“, ergänzt Engelmann. Bewusst oder unbewusst schreiben Shuster und Siegel in ihre Hauptfigur viele Konflikte und Situationen hinein, in denen sie vermutlich selbst lange kämpften. So erscheint Superman als ein Immigrant der besonderen Sorte und überlebt als Einziger die Zerstörung des Planeten Krypton. Um auf der Erde klarzukommen, versucht er sich vorläufig an das Leben in Amerika zu gewöhnen. Er assimiliert sich. Versteckt seine eigentliche Herkunft und seinen Geburtsnamen „Kal-El“ – der im Übrigen aus dem Hebräischen mit „Alles ist Gott“ übersetzt wird – hinter einer menschlichen Identität. „Auch eine messianische Hoffnung schwingt also in diesem Motiv mit“, sagt Engelmann.

## Knüppel statt Satire

Die Marvel-Helden sind für Engelmann das Sinnbild der Selbstermächtigung jüdischer Künstler\*innen. Denn sie stehen den antisemitisch geprägten Stereotype nicht mehr wehrlos gegenüber. „In diesem Kapitel berichte ich deswegen auch über jüdische Gangster“, erklärt der Autor, über fiktive wie reale. Über die jüdische Mafia in den USA namens „Kosher Nostra“ oder über jüdische Cowboys. Während die Banditen nicht nur ein gemeinsames Schicksal teilen, haben sie eine Einstellung. „Und darum geht es mir“, sagt Engelmann. Gekonnt versetzt er seine Zuhörer\*innen dadurch noch einmal in Spannung. Die Banditen stimmen mit der Devise von Isaac David, einer Filmfigur aus Manhattan, die von Woody Allen verkörpert wird, überein. Engelmann zitiert die Worte Davids, die er auf einer Nazi-Demo spricht: „Ja, eine Satire in der *Times* ist gut, aber Knüppel und Baseballschläger sind eindeutig besser.“ Sein Publikum klatscht – und er schmunzelt.

# Neonazismus und Islamismus: Gemeinsam in den Ideen



Solidarität mit dem Opfer aus Charlottesville, Virginia. (Foto: Majka Czapski/flickr.com, CC BY-NC-ND 2.0)

**Am 12. August fährt der Neonazi James Alex Fields mutmaßlich mit seinem Auto in der US-amerikanischen Stadt Charlottesville im Bundesstaat Virginia in eine Gruppe antifaschistischer Demonstrant\*innen. Es gibt dutzende Verletzte und eine Tote: Heather Heyer. Fünf Tage später soll der Verdächtige Younes Abouyaquoub mutmaßlich einen weißen Lieferwagen auf den touristischen Boulevard Las Ramblas in Barcelona gesteuert haben. Dabei wurden mindestens 15 Menschen getötet, 100 weitere verletzt. Der selbsternannte Islamische Staat (IS) gibt an, hinter dem Angriff zu stecken. Zwei Anschläge aus unterschiedlichen Richtungen. Dabei sind sich Nazis und IS-Islamisten viel ähnlicher, als sie zugeben würden. Vier Gemeinsamkeiten.**

### 1. Für die Führer

Was für die einen Adolf Hitler ist, ist für die anderen Abu Bakr al-Baghdadi. Im Juni 2014 rief letzterer in Mossul das Kalifat – also das Reich eines Stellvertreters Gottes auf Erden – aus und bezeichnet sich seither als Nachfolger des Propheten Mohammed. Sowohl Hitler als auch al-Baghdadi wurde und wird als oberste Befehlshaber bedingungslos gefolgt, sie werden glorifiziert. Während sich Hitler allerdings auf die Rassistheorie bezog, beziehen sich die dschihadistischen Salafisten um al-Baghdadi auf ihre Auslegung (Exegese) des Korans.

### 2. Totalitäres Denken

Sowohl IS-Islamismus als auch Neonazismus

streben totalitäre Diktaturen jenseits liberaler Demokratie an. Sie wollen sich Menschen schaffen, die genau ihrer Ideologie folgen. Über allem, auch dem Privatleben, steht eine staatliche Gemeinschaft, die die Mitglieder nach der Ideologie mitformen und gemeinsam entwickeln sollen.

### 3. Gegen das Judentum

Die Neonazis, mit denen der mutmaßliche Attentäter von Charlottesville demonstrierte, brüllten noch vergangene Woche antisemitische Sprechchöre wie „Juden werden uns nicht ersetzen“. Ähnlich lautender Judenhass, der wie bei Neonazis in Verbindung mit einem vermeintlich die Welt kontrollierten Judentum geäußert wurde, findet sich seit Gründung auch beim IS.

Hinzu kommen Anschläge auf jüdische Einrichtungen und Menschen jüdischen Glaubens. Unter anderem die vom IS reklamierten Anschläge auf das jüdische Museum in Brüssel in 2014, den Hyper Cacher-Supermarkt in Paris im Januar 2015 und gegen eine Synagoge in Kopenhagen im Februar 2015. Neonazis schänden Friedhöfe, greifen Synagogen an und der Düsseldorfer Neonazi Ralf S. soll im Jahr 2000 an der Düsseldorfer S-Bahn-Station Wehrhahn mit einer Bombe zehn überwiegend jüdische Menschen teils lebensgefährlich verletzt haben.

### 4. Die Unterdrückung der Frau und LGBTIQ\*

Sowohl der selbsternannte IS als auch der Neonazismus sind patriarchal ausgerichtet. Der Mann herrscht über die Frau. Während Neonazis die Frau vor allem für die Reproduktion und die Sorgearbeit unterdrücken – also möglichst viele Kinder für das Volk gebären und Zuhause den Haushalt führen – kommt beim selbsternannten IS noch der Kopftuchzwang, Zwangsheiraten und von Frauen durchgeführte Selbstmordattentate im sogenannten heiligen Krieg hinzu. Beide versuchen diese Unterdrückung damit zu verkaufen, dass Frauen sich „nützlich machen“ und dem großen Ganzen dienen würden.

Sowohl IS-Islamisten als auch Neonazis dulden keine andere Form der Sexualität als Heterosexualität. Die Verfolgung bis Ermordung von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans und Intersexuellen sowie queeren Menschen gehört zu beiden menschenfeindlichen Ideologien. [mac]

## HIRNAKROBATIK

5	1			4		
		8	3	1		5
	8	2				1
1		6	2			8
	3			6		
9		3	7			4
	3		8		4	
	2	1	4	6		
		5			8	2

## WOHNHEIMGESCHICHTEN



## Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

**Herausgeber:** AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht u.a.

**Projektkoordination:** Redaktionsschwein Ferdi (kommisarisich)

**Anschrift:** aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

**Comic:** Jennifer van de Sandt

**Gestaltung:** Alexander Bönninger

**Redaktion dieser Ausgabe:** Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Daniel Veutgen (dav), Meiko Huismann (mehu), Sarah Dannehl (caro), Dennis Pesch (dpe), Mirjam Ratmann (rat)

**V.i.S.d.P.:** Philipp Frohn (fro)

**Auflage/Druck:** 3.000 / Megadruck, Westerstede

**E-Mail:** redaktion@akduell.de

**Web:** www.akduell.de